



## **Bericht**

der Landesregierung

**Ergebnisse der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchungen der  
Ministerien und der Staatskanzlei**

Drucksache 18/4727

**Federführend ist der Ministerpräsident**

**Inhalt**

1.	Vorbemerkungen .....	5
2.	Einleitung .....	6
3.	Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation in den Ministerien und in der Staatskanzlei in der 18. Wahlperiode.....	7
3.1.	Übersicht über die Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation .....	7
3.2.	Staatskanzlei.....	11
3.2.1.	Programm KoPers - Optimierung der Personalprozesse im Bereich des Personalmanagement.....	11
3.2.2.	DLZP - Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Fachbereich Versorgung im Dienstleistungszentrum Personal .....	13
3.3.	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa .....	15
3.3.1.	Organisationskonzept einer gemeinsamen IT-Stelle der Justiz .....	15
3.3.2.	Konzept-Review Aufbau und Betrieb eines Digitalen Landesarchivs für Schleswig-Holstein.....	16
3.4.	Ministerium für Schule und Berufsbildung.....	19
3.4.1.	Ablauf- und aufbauorganisatorische Beratung für das Ministerium für Schule und Berufsbildung .....	19
3.4.2.	Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) – Empfehlungen für eine Rechts- und Organisationsform und den Errichtungsprozess .....	20
3.5.	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	22
3.5.1.	Zusammenlegung der Telefonvermittlungen des MIB und des LPA .....	22
3.5.2.	Prüfung der Möglichkeiten zur Zentralisierung von Querschnittsaufgaben in der Abteilung IV 1 .....	23
3.5.3.	Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung IV 7 .....	24
3.5.4.	Neubeschreibung der Schnittstelle zwischen Polizei- und IT-Fachlichkeit....	26
3.6.	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume .....	28
3.6.1.	Evaluation des Referates V 25 im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume .....	28
3.6.2.	Evaluation der Landeslösung „Bundeseinheitliche Anwendung für Lebensmittelsicherheit- und Veterinärüberwachungsinformationsverarbeitung (BALVI iP)“ .....	29

3.7.	Finanzministerium.....	31
3.7.1.	Untersuchung der Organisationsstrukturen und Personalbemessungen im Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein.....	31
3.7.2.	Managementberatung und -unterstützung beim Aufbau eines Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) für die Landesverwaltung .....	32
3.7.3.	Unterstützende Beratungsleistungen beim Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) .....	33
3.7.4.	Erstellung einer Organisationsanalyse in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt für Informationstechnik (AIT).....	34
3.7.5.	Organisationsuntersuchung in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt „Landeskasse“ .....	35
3.7.6.	Untersuchung der Organisationsstruktur in den Veranlagungsstellen der schleswig-holsteinischen Finanzämter.....	36
3.8.	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie .....	38
3.8.1.	Vorschläge zur Optimierung der Verwaltungsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung des EFRE und des ESF.....	38
3.8.2.	Einführung der eVergabe (LBV.SH) / Implementierung der Handlungsempfehlungen aus dem Projekt Einführung der e-Vergabe .....	40
3.8.3.	Organisationsuntersuchung des Aufgabenbereichs „Service“ des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) .....	42
3.8.4.	Organisationsuntersuchung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ .....	44
3.9.	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung .....	46
3.9.1.	Erstellung einer Organisationsanalyse im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung .....	46
3.9.2.	Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein (LAsD) Organisationsuntersuchung sowie Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung .....	48
4.	Überblick und Entwicklung der Allgemeinen Abteilung der Ministerien und der Staatskanzlei .....	50
4.1.	Strukturveränderungen .....	50
4.1.1.	Staatskanzlei.....	50
4.1.2.	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa .....	50
4.1.3.	Ministerium für Schule und Berufsbildung.....	50
4.1.4.	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten .....	50
4.1.5.	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume .....	51

4.1.6.	Finanzministerium.....	51
4.1.7.	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie .....	51
4.1.8.	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung .....	52
4.2.	Vollzeitäquivalente .....	53
5.	Aufbau, Organisation und Ziele des DLZP .....	54

## 1. Vorbemerkungen

Die Landesverwaltung Schleswig-Holstein führt regelmäßig Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation durch, um die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltungsarbeit weiter zu verbessern.

Mit der Drucksache 18/4727 fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, in der 47. Tagung über die Untersuchungen im Bereich Ablauf- und Aufbauorganisation in den Ministerien und der Staatskanzlei zu berichten, die in der 18. Wahlperiode durchgeführt worden sind bzw. sich gegenwärtig in der Erarbeitung befinden.

Im Rahmen des vorliegenden Berichts wird entsprechend der Anfrage auf folgende Themen eingegangen:

- Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation im Bereich der Ministerien und in der Staatskanzlei
  - Ergebnisse der Untersuchungen bzw. Handlungsempfehlungen der jeweiligen Ablauf- und Aufbauorganisation
  - Umsetzung der Ergebnisse der Untersuchungen bzw. Handlungsempfehlungen der jeweiligen Ablauf- und Aufbauorganisation
  - Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Untersuchungen der jeweiligen Ablauf- und Aufbauorganisation
- Überblick über die Entwicklung der Allgemeinen Abteilungen der jeweiligen Ministerien und der Staatskanzlei
- Aufbau, Organisation und Ziele des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP)

Um die durchgeführten Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation vollständig abzubilden, werden auch die Ergebnisse der Untersuchungen im nachgeordneten Bereich der Ministerien und der Staatskanzlei dargestellt. Es werden hierbei sowohl Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation mit der Unterstützung externer Beratungsunternehmen genannt als auch Untersuchungen, die in diesem Bereich von den Dienststellen selbst ohne externe Unterstützung durchgeführt wurden.

## 2. Einleitung

Das Land Schleswig-Holstein steht im Bereich der Organisation der Landesverwaltung vor großen Herausforderungen. Daher ist es erforderlich, die Wirtschaftlichkeit und Qualität des Verwaltungshandelns laufend zu überprüfen und wenn möglich zu verbessern. Notwendig ist es, Leistungen durch die Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben mit weniger Personaleinsatz zu erbringen. Die Effizienz und Effektivität der Verwaltung muss nachhaltig verbessert werden, indem die Verwaltungsabläufe schlanker und zielgerichteter gestaltet werden. Darüber hinaus trägt der verstärkte Einsatz von IT-Systemen in der Verwaltung dazu bei, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung deutlich zu erhöhen. Voraussetzung ist hierfür, dass die eingesetzten IT-Systeme optimal auf die Verwaltungsprozesse abgestimmt werden.

Die Landesverwaltung Schleswig-Holstein hat bereits eine Reihe von Organisationsentwicklungsprojekten durchgeführt, um die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsarbeit weiter zu verbessern. Die Beauftragung externer Beratungsunternehmen ermöglicht es, spezialisiertes fachliches und methodisches Know-how in die Durchführung von Organisationsuntersuchungen sowie Erfahrungen aus anderen Projekten einzubinden. Beispielsweise kann dieses genutzt werden, um komplexe und anspruchsvolle Prozessanalysen und -optimierungen durchzuführen, wenn dieses Fach- und Methodenwissen in dem jeweiligen Ressort nicht verfügbar ist.

Aktuell baut die Staatskanzlei an zentraler Stelle eigene Kompetenzen im Bereich der Organisationsentwicklung auf, um die einzelnen Dienststellen bei Bedarf zielgerichtet bei fachlichen und methodischen Fragestellungen im Bereich von Organisationsentwicklungsprojekten zu beraten und zu unterstützen.

Darüber hinaus wurden in der Staatskanzlei die Bereiche IT, Organisation und Personalmanagement in einer Abteilung zusammengefasst. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um für diese Themenbereiche gemeinsame und eng aufeinander abgestimmte strategische Zielsetzungen zu erarbeiten, weiterzuentwickeln sowie die Umsetzungsprozesse zielgerichtet und nachhaltig zu steuern.

### 3. Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation in den Ministerien und in der Staatskanzlei in der 18. Wahlperiode

#### 3.1. Übersicht über die Untersuchungen der Ablauf- und Aufbauorganisation

Ressort	Untersuchungsgegenstand	Datum der Beauftragung	Gesamtkosten lt. Auftrag	Bisherige Kosten (Stichtag 11.10.2016)
StIK/Programm KoPers	Optimierung der Personalprozesse im Bereich des Personalmanagement	29.10.2013	ohne externe Unterstützung	ohne externe Unterstützung
StIK/DLZP	Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Fachbereich Versorgung im Dienstleistungszentrum Personal	27.04.2016/30.09.2016	231.898,05 Euro	73.528,91 Euro
MJKE	Organisationskonzept einer gemeinsamen IT-Stelle der Justiz	21.06.2016	89.366,00 Euro	49.702,71 Euro
MJKE (Landesarchiv)	Konzept-Review Aufbau und Betrieb eines Digitalen Landesarchiv für Schleswig-Holstein	17.06.2016	12.433,00 Euro	11.948,44 Euro
MSB	Ablauf- und aufbauorganisatorische Beratung für das Ministerium für Schule und Berufsbildung	01.04.2015/01.07.2016	158.935,01 Euro 97.284,00 Euro (geplant für 2017)	64.620,60 Euro

<b>Ressort</b>	<b>Untersuchungsgegenstand</b>	<b>Datum der Beauftragung</b>	<b>Gesamtkosten lt. Auftrag</b>	<b>Bisherige Kosten (Stichtag 11.10.2016)</b>
MSB	Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) – Empfehlungen für eine Rechts- und Organisationsform und den Errichtungsprozess	05.12.2015	94.967,95 Euro	94.967,95 Euro
MIB	Zusammenlegung der Telefonvermittlungen des MIB und des LPA	02.07.2014 (für Verkehrsmessungen)	5.200,00 Euro (für Verkehrsmessungen)	5.200,00 Euro (für Verkehrsmessungen)
MIB	Prüfung der Möglichkeiten zur Zentralisierung von Querschnittsaufgaben in der Abteilung IV 1	13.01.2014	ohne externe Unterstützung	ohne externe Unterstützung
MIB	Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung IV 7	2012 – 2013 (Untersuchung und Umsetzung)	ohne externe Unterstützung	ohne externe Unterstützung
MIB	Neubeschreibung der Schnittstelle zwischen Polizei- und IT-Fachlichkeit	03.02.2015	22.500,00 Euro	29.558,65 Euro
MELUR	Evaluation des Referates V 25 im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	20.02.2015	21.493,72 Euro	21.493,72 Euro
MELUR	Evaluation der Landeslösung „Bundeseinheitliche Anwendung für Lebensmittelsicherheit- und Veterinärüberwachungsinformationsverarbeitung (BALVI IP)“	20.10.2015	102.374,87 Euro	102.374,87 Euro



<b>Ressort</b>	<b>Untersuchungsgegenstand</b>	<b>Datum der Beauftragung</b>	<b>Gesamtkosten lt. Auftrag</b>	<b>Bisherige Kosten (Stichtag 11.10.2016)</b>
FM	Untersuchung der Organisationsstrukturen und Personalbemessungen im Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein	18.06.2013/27.11.2013	267.000,00 Euro	266.056,81 Euro
FM	Managementberatung und –unterstützung beim Aufbau eines Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) für die Landesverwaltung	16.01.2014/24.09.2014	598.974,60 Euro	562.028,55 Euro
FM	Unterstützende Beratungsleistungen beim Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP)	30.04.2015	271.491,36 Euro	271.491,36 Euro
FM	Erstellung einer Organisationsanalyse in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt für Informationstechnik	12.12.2014	174.410,57 Euro	174.410,57 Euro
FM	Organisationsuntersuchung in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt „Landeskasse“	01.04.2015	135.180,07 Euro	135.180,07 Euro
FM	Untersuchung der Organisationsstruktur in den Veranlassungsstellen der schleswig-holsteinischen Finanzämter	13.11.2015	287.328,36 Euro	189.478,36 Euro
MWAVT	Vorschläge zur Optimierung der Verwaltungsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung des EFRE und des ESF	25.07.2012	6.335,20 Euro	6.335,20 Euro

<b>Ressort</b>	<b>Untersuchungsgegenstand</b>	<b>Datum der Beauftragung</b>	<b>Gesamtkosten lt. Auftrag</b>	<b>Bisherige Kosten (Stichtag 11.10.2016)</b>
MWAVT	Einführung der eVergabe (LBV.SH) – Phase 1 Implementierung der Handlungsempfehlungen aus dem Projekt Einführung der eVergabe – Phase 2	31.08.2015/ 02.05.2016	130.089,62 Euro (Phase 1) 122.170,68 Euro (Phase 2)	130.089,62 Euro (Phase 1) 79.184,98 Euro (Phase 2)
MWAVT	Organisationsuntersuchung des Aufgabenbereichs „Service“ des LBV.SH	16.04.2014	75.000,00 Euro	75.000,00 Euro
MWAVT	Organisationsuntersuchung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“	21.01.2013	47.484,00 Euro	52.249,76 Euro
MSGWG	Erstellung einer Organisationsanalyse im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG)	15.10.2014	310.730,35 Euro	310.730,35 Euro
MSGWG	Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein (LAsD) Organisationsuntersuchung sowie Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung	23.07.2013 (Organisationsuntersuchung) 03.04.2014 (Umsetzung)	149.226 Euro (Organisationsuntersuchung) 105.247,42 Euro (Umsetzung)	149.226 Euro (Organisationsuntersuchung) 105.247,42 Euro (Umsetzung)

## **3.2. Staatskanzlei**

### **3.2.1. Programm KoPers - Optimierung der Personalprozesse im Bereich des Personalmanagement**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Mit Beschluss der Landesregierung vom 29.10.2013 wurde im Gesamtprojekt KoPers die Agenda eines eigenständigen Projektteils Organisation auf Basis des ursprünglichen Projektauftrages aus dem Jahr 2011 präzisiert. Das Teilprojekt Organisation wurde beauftragt, ressortübergreifend alle Personalprozesse im Bereich des Personalmanagement dahingehend zu überprüfen, ob sie optimiert, standardisiert und weitestgehend automatisiert werden können.

Die Personalprozesse sollten - soweit verfassungsrechtlich zulässig - zentralisiert werden, sofern deren dezentrale Wahrnehmung nicht nachweisbar wirtschaftlicher, sachlich oder rechtlich geboten ist.

Im Zuge der Untersuchung sollten auch die im Bereich der Personalverwaltung verwendeten über 3.000 Dokumente standardisiert werden.

#### Ressort

Staatskanzlei/Programm KoPers

#### Datum der Beauftragung

29.10.2013 (Beschluss Kabinett)

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Durchführung durch eigenes Personal

Hinweis: Es sind Beratungskosten für das externe Programmmanagement KoPers entstanden. Aufgrund der engen Verzahnung von IT- und organisationsbezogenen Steuerungsaufgaben, sind diese nicht dezidiert für das Teilprojekt Organisation, bzw. für die beschriebene Organisationsuntersuchung ausweisbar.

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Durchführung durch eigenes Personal

### Ergebnisse der Untersuchung bzw. Handlungsempfehlungen

Für die Personalprozesse wurden SOLL-Modelle entwickelt. Nach Abstimmung mit den Ressorts sind die Prozesse des kooperativen Personalmanagements mit Kabinettsbeschluss vom 19.01.2016 verbindlich den folgenden Kategorien (KoPers-Prozessagenda) zugeordnet worden:

- Bei insgesamt 18 von 68 Personalprozessen soll eine Verlagerung der Zuständigkeit und der Entscheidungskompetenz in Personalangelegenheiten von den Ressorts auf das DLZP erfolgen (zentralisierbare Prozesse).
- Bei weiteren 36 Personalprozessen ist eine Arbeitsteilung zwischen den Ressorts (hier bleibt die Entscheidungskompetenz) und dem DLZP (hier finden die vor- und nachbereitenden operativen Aufgaben statt) vorgesehen (kooperative Prozesse).
- Für insgesamt 14 Personalprozesse verbleiben sowohl die Entscheidungskompetenz als auch die damit zusammenhängenden Aufgabenerledigungen bei den Ressorts (dezentrale Prozesse). Bei diesen Prozessen wird der ggf. vorhandene Abrechnungsteil im DLZP bearbeitet.

Damit wird es in über 80 Prozent aller Personalprozesse zu einer Veränderung der Aufgabenwahrnehmung durch Zentralisierung und Aufgabenbündelung im DLZP kommen.

Bei der Überprüfung der verwendeten Dokumente ist als Zwischenergebnis zu konstatieren, dass sich die Zahl der bisher in den Ressorts verwendeten Dokumente zu den Prozessen durch die Erarbeitung von Standard-Dokumentvorlagen deutlich reduzieren lässt (von über 2.600 auf ca. 400 Dokumente).

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die KoPers-Prozessagenda wird sukzessive umgesetzt. Die Umsetzung ist wesentlich davon abhängig, zu welchem Zeitpunkt eine automatisierte Unterstützung der Prozessabläufe realisiert werden kann. In 2016 werden zunächst zwei Prozesse zentralisiert – ein weiterer Prozess wird zum 31.12.2016 vollständig entfallen.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Mit der Umsetzung der Prozessagenda, der Automatisierung, Optimierung und Standardisierung der Personalprozesse in einer integrierten Software werden signifikante Synergieeffekte erwartet. Die Zentralisierung und Aufgabenbündelung im DLZP soll zu einer Entlastung der Ressorts bei rein administrativen, operativen Aufgaben führen.

Mit den Umsetzungskonzepten zu den einzelnen Prozessen wird auch eine konkrete Berechnung der Einspar- und Verlagerungspotentiale erfolgen.

### **3.2.2. DLZP - Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im Fachbereich Versorgung im Dienstleistungszentrum Personal**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Im Zusammenhang mit der Einführung von KoPers-Versorgung sowie im Hinblick auf die Aufgabenbereiche Versorgungsfestsetzung und Versorgungsauskunft einschließlich Versorgungsausgleich wurde eine Neukonzeption für den Fachbereich Versorgung auf der Basis der KoPers-Software erarbeitet. Dabei ging es insbesondere darum, die Prozesse zu untersuchen und zu optimieren sowie erste Empfehlungen für eine neue Aufbauorganisation zu erarbeiten.

Im Rahmen eines Folgeprojektes soll ein Personalkonzept für den Fachbereich erarbeitet und ein Leitfaden entwickelt werden. Nach der aktuellen Zeitplanung wird das Projekt Mitte 2017 abgeschlossen sein.

#### Ressort

Staatskanzlei/DLZP (Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

27.04.2016/30.09.2016

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

231.898,05 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

73.528,91 Euro

#### Ergebnisse der Untersuchung bzw. Handlungsempfehlungen

Als Ergebnisse und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung im Fachbereich Versorgung im DLZP konnten vier Themenbereiche identifiziert werden:

1. Optimierung und Standardisierung der Ablauforganisation
2. Anpassung der Aufbauorganisation
3. Anpassung von Rollen
4. Schaffung von Perspektiven für das Personal

#### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Im Rahmen des Folgeprojektes zur Neukonzeption des Fachbereichs Versorgung im DLZP werden Vorschläge zur Anpassung der Aufbauorganisation erarbeitet und die Prozessabläufe standardisiert (Erstellung eines Leitfadens). Diese Themen sollen bis Mitte 2017 umgesetzt werden.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Mit der Automatisierung und Standardisierung der Prozesse wird eine effektivere und effizientere Arbeitsweise im Fachbereich Versorgung erreicht. Die Anpassung der Aufbauorganisation und die Umsetzung des Personalkonzeptes werden ebenfalls zu einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitssituation im Fachbereich Versorgung beitragen.

### **3.3. Ministerium für Justiz, Kultur und Europa**

#### **3.3.1. Organisationskonzept einer gemeinsamen IT-Stelle der Justiz**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Aufstellung und Konzeptionierung einer zentralen IT der Justiz (GemIT)

#### Ressort

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa (Staatskanzlei – Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

21.06.2016

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

89.366,00 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

49.702,71 Euro

#### Ergebnisse der Untersuchung bzw. Handlungsempfehlungen

Gegenstand der Organisationsuntersuchung ist die Einrichtung einer „Gemeinsamen IT-Stelle der Justiz (GemIT)“, inklusive der Verfahrenspflege für den Bereich Justizvollzug.

Bzgl. der IT-Unterstützung befindet sich die Justiz in einer massiven Umbruchphase. Bis zum 01.01.2018 ist der elektronische Rechtsverkehr zu eröffnen (elektronischer Zugang gemäß Artikel 69 Verf. SH). Parallel hierzu wird mit der Umstellung auf die elektronische Aktenführung begonnen, um ein medienbruchfreies Arbeiten in der Justiz zu gewährleisten. Hierdurch entsteht ein deutlicher Zuwachs an Aufgaben in der zentralen IT. Hinzu kommt u.a. eine Verlagerung der benötigten Kompetenzen weg von klassischen Aufgaben der IT-Administration hin zu justizspezifischen Aufgaben der Verfahrensbetreuung sowie übergreifender IT-Betriebskoordination. Diese Anforderungen berücksichtigend wird in § 4 Abs. 1 des IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein die Einrichtung der „Gemeinsamen Stelle für Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Staatsanwaltschaften (GemIT)“ im MJKE festgelegt. Angesichts dieser Vorgaben und Herausforderungen gilt es, die gemeinsame IT-Stelle der Justiz im MJKE zu konzipieren und das bestehende IT-Referat zu implementieren.

Im Zuge der Untersuchung werden insbesondere folgende Themenbereiche analysiert bzw. Zielsetzungen verfolgt:

- Feststellung zukünftiger Aufgaben der zentralen IT der Justiz und hierfür benötigter Kompetenzen
- Abgleich mit bestehenden Aufgaben und Kompetenzen
- Kalkulation der benötigten Aufwände je Aufgabe und Abgleich mit bestehenden Aufwänden unter Optimierung des Personaleinsatzes hinsichtlich Kompetenzen und Aufgabenzuteilung sowie Definition zielgerichteter Personalentwicklungspfade
- Konzept für die zukünftige Aufbau- und Ablauforganisation einer „Gemeinsamen IT-Stelle der Justiz“; hierbei werden die Festlegungen des „IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein“ berücksichtigt
- Nachweis, dass die im Konzept vorgeschlagene Variante innerhalb des gesetzlich gesetzten Rahmens „Gemeinsame IT-Stelle der Justiz“ die wirtschaftlichste ist; d. h.: quantitative Analyse, welche Einspareffekte bei den bestehenden Aufgaben erzielt werden

#### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Aktuell ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, so dass bisher nur Ergebnisse der Ist-Aufnahme vorliegen.

Angestrebtes Ergebnis des Vorhabens ist die Erstellung eines Konzeptes mit den oben beschriebenen Inhalten. Dies wird dem MJKE zur weiteren Entscheidung der Umsetzungsalternativen vorgelegt werden.

#### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Das Projekt wird zum Ende des Jahres 2016 abgeschlossen. Aussagen zu den erreichten monetären und quantitativen Auswirkungen sind erst nach Abschluss des Projektes möglich.

### **3.3.2. Konzept-Review Aufbau und Betrieb eines Digitalen Landesarchivs für Schleswig-Holstein**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Konzept-Review „Aufbau und Betrieb eines Digitalen Landesarchivs für Schleswig-Holstein“

#### Ressort

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa (Staatskanzlei – Beauftragung aus Rahmenvertrag)



Datum der Beauftragung

17.06.2016

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

12.443,00 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

11.948,44 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Im Rahmen des Projektes wurde eine Qualitätssicherung für eine vom Landesarchiv Schleswig-Holstein durchgeführte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Aufbau und Betrieb eines digitalen Archivs erstellt. Diese Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stellt eine wesentliche Grundlage für den geplanten Aufbau eines digitalen Archivs dar. Der Aufbau eines digitalen Archivs wird große Auswirkungen auf die Organisation und Arbeitsabläufe des Landesarchivs Schleswig-Holstein haben.

Daher wurde eine externe Qualitätssicherung („Reviewbericht“) der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Aufbau und Betrieb eines digitalen Archivs erstellt, um Risiken bei der Entscheidungsfindung – und damit Risiken für Folgekosten – vorab zu reduzieren.

Im Rahmen des Reviewberichtes für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Aufbau und Betrieb eines digitalen Archivs erarbeitete der Gutachter Empfehlungen für die Optimierung der Methodik und Inhalte der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Diese Empfehlungen wurden entsprechend der Relevanz klassifiziert. Die Belastbarkeit der erarbeiteten Umsetzungsempfehlung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung war hiervon nicht betroffen.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die vom externen Gutachter erarbeiteten Vorschläge für die Optimierung der Methodik der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Aufbau und Betrieb des digitalen Archivs Schleswig-Holstein wurden vollständig umgesetzt.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Der Aufbau eines Digitalen Archivs Schleswig-Holstein gemäß den mit der „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Projekt zum Aufbau und Betrieb eines Digitalen Archivs Schleswig-Holstein“ vorgelegten Umsetzungsempfehlungen wird am 1. Januar 2017 beginnen. Monetäre Auswirkungen werden daher erst ab diesem Zeitpunkt eintreten. Die durchgeführte Qualitätssicherung trägt dazu bei, Risiken bei der Entscheidungsfindung zu reduzieren.

Das Landesarchiv Schleswig-Holstein wird mit dem Aufbau eines Digitalen Archivs in die Lage versetzt, seine im Landesarchivgesetz verankerten Aufgaben im Bereich

der dauerhaften Sicherung von Unterlagen aus den digitalen Systemen der Landesverwaltung zu erfüllen.

### **3.4. Ministerium für Schule und Berufsbildung**

#### **3.4.1. Ablauf- und aufbauorganisatorische Beratung für das Ministerium für Schule und Berufsbildung**

##### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Ablauf- und aufbauorganisatorische Beratung für das Ministerium für Schule und Berufsbildung (Lehrkräftepersonalverwaltung) im Zusammenhang mit der Einführung des integrierten Personalmanagementverfahrens KoPers

##### Ressort

Ministerium für Schule und Berufsbildung (Finanzministerium/Staatskanzlei - Beauftragung aus Rahmenvertrag)

##### Datum der Beauftragung

01.04.2015/01.07.2016

##### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

158.935,01 Euro

97.284,00 Euro (geplant für 2017)

##### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

64.620,60 Euro

##### Ergebnisse der Untersuchung

Auf der Grundlage des Rahmenvertrages zwischen der KPMG AG und dem Finanzministerium Schleswig-Holstein wurde durch das Finanzministerium SH eine aufbau- und ablauforganisatorische Beratung für das Ministerium für Schule und Berufsbildung (Lehrkräftepersonalverwaltung) im Zusammenhang mit der Einführung des integrierten Personalmanagementverfahrens KoPers beauftragt.

Diese prozessbasierte Organisationsuntersuchung verfolgt das Ziel, ein Konzept für die effektive und effiziente Personalverwaltung des MSB während und nach der Einführung von KoPers und dem Aufbau des DLZP zu erstellen, um so insbesondere Prognosen zu Veränderungen der relevanten Kennzahlen (Personalbedarfe) sowie Vorschläge zur Organisationsentwicklung/ Reorganisation zu erhalten und insgesamt eine Risikominimierung in der Rollout-Phase zu erreichen.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Da das Projekt noch nicht abgeschlossen ist, liegen noch keine abschließenden Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen vor.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Da das Projekt noch nicht abgeschlossen ist, können noch keine Aussagen zu den Auswirkungen getroffen werden.

**3.4.2. Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) – Empfehlungen für eine Rechts- und Organisationsform und den Errichtungsprozess**Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein (SHIBB) - Empfehlungen für eine Rechts- und Organisationsform und den Errichtungsprozess

Ressort

Ministerium für Schule und Berufsbildung

Datum der Beauftragung

05.12.2015

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

94.967,95 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

94.967,95 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Das Gutachten konkretisiert die inhaltlichen Ziele und organisatorischen Anforderungen für ein SHIBB als Ergebnis eines Dialogprozesses mit den Mitgliedern des Beirats und weiteren Akteuren in der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein. Es wird daraus ein konkreter Anforderungs- und Prüfkatalog für ein SHIBB entwickelt, der die zentralen Kriterien für Aufgaben und Zuständigkeiten, Aufbau- und Ablauforganisation, Beteiligung der Partner in der beruflichen Bildung auf Landesebene, Zusammenarbeit mit dem übergeordneten Ministerium sowie die Zusammenarbeit mit den Regionalen Berufsbildungszentren und den berufsbildenden Schulen definiert.

Das Gutachten hat die für ein SHIBB möglichen Rechtsformen intensiv geprüft. Die Gründung eines Landesamtes wird priorisiert. Darüber hinaus empfiehlt das Gutachten die Einrichtung eines Kuratoriums in dem Gewerkschaften, Wirtschaft, Städteverband, Landkreistag und Ministerium für Schule und Berufsbildung vertreten sein sollen. Die SHIBB-Struktur kann die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit wie zum Beispiel in Jugendberufsagenturen befördern.

#### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Der Diskussionsprozess über das Gutachten und die Errichtung eines SHIBB ist noch nicht abgeschlossen. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen wurden daher bisher noch nicht umgesetzt.

#### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Da das Projekt noch nicht abgeschlossen ist, können gegenwärtig keine Aussagen zu den Auswirkungen getroffen werden.

### **3.5. Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten**

#### **3.5.1. Zusammenlegung der Telefonvermittlungen des MIB und des LPA**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Zusammenlegung der Telefonvermittlungen des MIB und des LPA

Ressort

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Datum der Beauftragung

02.07.2014 (für Verkehrsmessungen)

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Durchführung durch eigenes Personal

Kosten für die Messung im MIB und im LPA: 5.200,00 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Durchführung durch eigenes Personal

Kosten für die Messung im MIB und im LPA: 5.200,00 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Durch das Organisationsreferat des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten ist untersucht worden, ob eine Zusammenlegung der Telefonvermittlung der Landesregierung, die im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten angesiedelt war, mit der Telefonvermittlung des Landespolizeiamtes sinnvoll sei. Im Rahmen der Betrachtungen sind durch einen externen Dienstleister Anrufverkehrsmessungen an beiden Standorten durchgeführt worden. Im Ergebnis wurde die Zusammenlegung der beiden Telefonvermittlungen vorgeschlagen.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Zusammenlegung der beiden Telefonvermittlungen ist Mitte März 2015 am Standort des Landespolizeiamtes realisiert worden.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Durch eine Verringerung der Gesamtpersonalstärke um 2,5 Stellen bei gleichbleibender Qualität sind jährliche Personalkosten in Höhe von 115.000,00 Euro eingespart worden.

Ferner haben sich die Kosten für die Miete der Vermittlungstechnik um 6.800,00 Euro jährlich reduziert.

### **3.5.2. Prüfung der Möglichkeiten zur Zentralisierung von Querschnittsaufgaben in der Abteilung IV 1**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Prüfung von Möglichkeiten zur Zentralisierung von Querschnittsaufgaben in der Abteilung IV 1

Ressort

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Datum der Beauftragung

13.01.2014

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Durchführung durch eigenes Personal

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Durchführung durch eigenes Personal

Ergebnisse der Untersuchung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Errichtung eines Dienstleistungsbüros in der Abteilung 1 zweckmäßig ist und zu Synergien, höherer Qualität und einer Ausweitung des Angebotes führen wird.

Im Einzelnen wurde folgendes vorgeschlagen:

- Bündelung gleichartiger Aufgaben, z.B. im Bereich SAP oder Reisekostenrecht
- Erhöhung der Kompetenz und Qualität der Aufgabenwahrnehmung durch häufigere Erledigung
- Ausweitung des Angebotes an Querschnittsaufgaben u.a. Einrichtung einer Reisebürostelle
- Entlastung der Fachabteilungen von Querschnittsaufgaben
- Einsparung durch Verringerung der SAP Lizenzen

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Als Ergebnis dieser Organisationsuntersuchung wurde zum 01.05.2015 im Referat IV 11 als neue Organisationseinheit ein Servicebüro mit folgenden Aufgaben errichtet:

- Erfassung sowie Genehmigung und Buchung von Anordnungen im SAP-Verfahren inkl. Ablage der hieraus resultierenden Belege
- Beantragung, Organisation und Abrechnung von Dienstreisen
- Organisation und Abrechnung von Reisen zu Fortbildungsveranstaltungen
- Verfahren der Zeiterfassung inkl. Urlaubsanträgen und Krankmeldungen
- Unterstützung im Bereich der Gesundheitsförderung
- Unterstützung bei der Abwicklung von Inhouse-Seminaren

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Einsparungen wurden durch Verringerung der SAP Lizenzen erzielt.

Durch die Errichtung des zentralen Servicebüros hat sich die Möglichkeit eröffnet, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachreferate mehr auf die Fachaufgaben konzentrieren können. Des Weiteren konnte eine Ausweitung des Serviceangebotes (z.B. zusätzlich Wahrnehmung einer Reisebürostelle) erreicht werden.

### **3.5.3. Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung IV 7**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Abteilung IV 7; „Organisationsvorschlag“ im Zuge der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes

#### Ressort

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

#### Datum der Beauftragung

2012 – 2013 (Zeitraum der Untersuchung und Umsetzung)

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Durchführung durch eigenes Personal

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Durchführung durch eigenes Personal



### Ergebnisse der Untersuchung

Die Aufdeckung der Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppierung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hat innerhalb der Verfassungsschutzbehörden eine starke und teilweise kontroverse Diskussion zum Aufgabenverständnis sowie Zusammenarbeits- und Organisationsformen ausgelöst.

Auf der IMK am 6./7. Dezember 2012 wurde eine „Neuorientierung der Verfassungsschutzbehörden“ beschlossen und der AK IV beauftragt, Berichte zu den Themenfeldern

- Aus- und Fortbildung im Verfassungsschutz
- Neuorientierung des Verfassungsschutzes
- Parlamentarische Kontrolle und V-Mann-Führung
- Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei
- Das Internet als Aufklärungs- und Präventionsmedium
- Stärkung der Zusammenarbeit im Verbund und der Zentralstellfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz

vorzulegen, die hierzu die konzeptionelle Grundlage bilden.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppen des AK IV sollten dabei insbesondere die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse von Bund und Ländern sowie einschlägiger Sachverständigengruppen berücksichtigen.

Im Rahmen einer ersten Analyse wurden 2012 zwei Kernprobleme (Informationsmanagement und Auswertung und Analyse) identifiziert, die durch zwei Arbeitsgruppenaufträge abgearbeitet wurden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden bei der organisatorischen Konzeptionierung berücksichtigt.

Als Gesamtfazit wurde festgehalten, dass die organisatorische Aufstellung der Abteilung IV 7 weniger dem Aufbau einer Sicherheitsbehörde entspricht, sondern vielmehr eher als Verwaltungsbehörde mit Sicherheitsaufgaben agiert. Ziel der vorgenannten Organisationsänderungen war es daher, die Verwaltungsabläufe stärker den Bedürfnissen einer Sicherheitsbehörde anzupassen.

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Durch die Organisationsänderung sollen

- eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Beobachtung des Rechtsextremismus/-terrorismus ermöglicht (IV 72)
- die Neuorientierung des Verfassungsschutzes unterstützt
- den Ergebnissen von Sachverständigenkommissionen und Untersuchungsausschüssen im Zusammenhang mit der Aufdeckung der NSU-Mordserie Rechnung getragen
- die Führungsspanne auf Referatsleitungsebene wirksam reduziert und damit eine verbesserte Führungsleistung ermöglicht (IV 71 – IV 75)
- die Zusammenarbeit in überschaubaren Auswerteteams optimiert (IV 72 - IV 74)
- die Beschaffung und damit die V-P-Führung stärker kontrolliert (IV 71)
- Synergieeffekte durch Konzentration aller Grundsatz- und Querschnittsaufgaben in einem Referat (IV 70) erzielt
- die LOS-Fähigkeit der Verfassungsschutzabteilung verbessert und

- den konkreten Einsatz- und Führungsbedingungen der Observationsgruppe Rechnung getragen (IV 75)

werden.

#### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die Umsetzung des Organisationsvorschlages beinhaltete die Bildung zweier zusätzlicher Referate (IV 74 und 75) und die Bereitstellung von mindestens einer zusätzlichen Stelle höherer Dienst (bei gleichzeitiger Abgabe einer entsprechenden Stelle gehobener Dienst) sowie entsprechenden Höhergruppierungen von drei Tarifbeschäftigten. Ansonsten waren die Organisationsmaßnahmen personalneutral.

Zukünftig - in Abhängigkeit von der Aufgaben- und Lageentwicklung bei gleichzeitiger Unterstützung durch die Etablierung geeigneter Informationstechnologie (Vorgangsbearbeitungssystem, E-Akte, Dokumenten-Management-System) - werden sogar Effizienzsteigerungen erwartet, die eine personelle Reduktion erlauben könnten.

Durch die Neustrukturierung wurden bereits eine effektivere und effizientere Aufgabenerfüllung in der Abteilung erreicht und die ersten Schritte zur Optimierung der Auskunftsfähigkeit der Verfassungsschutzabteilung mit den übrigen Sicherheitsbehörden eingeleitet.

Des Weiteren ist eine Verbesserung in der Kommunikation und Umsetzung der Prioritätenentscheidungen aufgrund fortlaufender Abstimmung auf Führungsebene der Abteilung erfolgt.

Darüber hinaus zeichnet sich eine Effizienzsteigerung durch die Standardisierung von Arbeitsabläufen in den Fachreferaten ab und erste durchgeführte lageorientierte Sonderorganisationen konnten bereits effektiver bewältigt werden.

#### **3.5.4. Neubeschreibung der Schnittstelle zwischen Polizei- und IT-Fachlichkeit**

##### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Neubeschreibung der Schnittstelle zwischen Polizei- und IT-Fachlichkeit unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzen und durch externe Moderation in Bezug auf mehrere kritische polizeiliche Fachanwendungen. Trennung der in der Altorganisation vorhandenen und nicht effizienten Vermischung und Dislozierung von Polizei- und IT-Fachlichkeit in verschiedenen Organisationseinheiten und Ämtern. Um zwischen den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Organisationseinheiten, die einer Lösung jahrelang entgegenstanden, zu vermitteln, wurde ein externer Berater zur Moderierung der absehbar konflikträchtigen Arbeitssitzungen herangezogen.

##### Ressort

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, nachgeordneter Bereich

Datum der Beauftragung

Start des Gesamtprojektes durch eine gemeinsame Verfügung der Amtsleitungen LPA und LKA vom 01.10.2014. Beauftragung zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch Projektleitung am 03.02.2015.

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

22.500,00 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

29.558,65 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Die Schnittstellen und Arbeitsprozesse wurden erfolgreich neu beschrieben. Polizeifachlichkeit und IT-Fachlichkeit wurden in der entwickelten Neuorganisation voneinander getrennt. Die jeweiligen Kompetenzen wurden jeweils in neu zu schaffenden bzw. mit veränderten Aufgaben und Personal versehenen Organisationseinheiten gebündelt.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Ergebnisse wurden zum 01.09.2016 vollumfänglich umgesetzt.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Durch die Bündelung der jeweiligen Fachkompetenz und organisatorische Trennung von Polizei- und IT-Fachlichkeit sind Synergien sowie schlankere und schnellere Arbeitsprozesse zu erwarten. Eine Evaluation soll nach angemessener Zeit erfolgen. Aufgrund der beratenden Moderation und der hiermit konsensual erzielten und umgesetzten Lösung ist das Risiko einer Fehlinvestition deutlich minimiert worden.

### **3.6. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume**

#### **3.6.1. Evaluation des Referates V 25 im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume**

##### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Evaluation des Referats V 25 im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Optimierung der Ablauforganisation im Referat V 25 des MELUR.

##### Ressort

Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume (Finanzministerium – Beauftragung aus Rahmenvertrag)

##### Datum der Beauftragung

20.02.2015

##### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

21.493,72 Euro

##### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

21.493,72 Euro

##### Ergebnisse der Untersuchung

Im Aufgabenbereich Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände gab es einen signifikanten Aufgabenzuwachs. Daher wurde ein externer Gutachter beauftragt, eine Stellenbemessung durchzuführen, um sicherzustellen, dass eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung weiterhin gewährleistet ist. Ergänzend wurde die Aufbau- und Ablauforganisation in diesem Bereich untersucht, um die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung weiter zu verbessern und zusätzliche Kosten infolge des Aufgabenzuwachses zu vermeiden.

Im Ergebnis empfahl der Gutachter den Personaleinsatz im Aufgabenbereich Lebensmittel- und Bedarfsgegenständesicherheit und Überwachung von Vermarktungsnormen maßvoll zu verstärken, damit eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung vor dem Hintergrund des signifikanten Aufgabenzuwachses in diesem Bereich weiterhin möglich ist. Darüber hinaus wurden flankierende ablauforganisatorische und aufbauorganisatorische Maßnahmen vorgeschlagen. Es wurde empfohlen, die angestrebte Personalverstärkung im Bereich Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände durch interne Verlagerungen kostenneutral zu realisieren.

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Das Referat wurde um eine Stelle des gehobenen Dienstes durch ressortinterne Umschichtung verstärkt. Zudem wurden ablauforganisatorische Verbesserungen umgesetzt. Die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung wurde somit kostenneutral ohne Schaffung zusätzlicher Stellen realisiert. Von aufbauorganisatorischen Maßnahmen wurde abgesehen.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung im Aufgabenbereich Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände unter den Rahmenbedingungen eines signifikanten Aufgabenzuwachses wurde durch interne Stellenverlagerung und Optimierung der Verwaltungsabläufe sichergestellt. Das Ergebnis konnte somit kostenneutral durch interne Verlagerungen innerhalb des vorhandenen Budgets realisiert werden.

### **3.6.2. Evaluation der Landeslösung „Bundeseinheitliche Anwendung für Lebensmittelsicherheit- und Veterinärüberwachungsinformationsverarbeitung (BALVI iP)“**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Evaluation der Landeslösung „Bundeseinheitliche Anwendung für Lebensmittelsicherheit- und Veterinärüberwachungsinformationsverarbeitung (BALVI iP)“ mit dem Ziel der Identifizierung von Optimierungspotenzialen.

#### Ressort

Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume (Finanzministerium – Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

20.10.2015

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

102.374,87 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

102.374,87 Euro

### Ergebnisse der Untersuchung

Im Rahmen der Evaluierung wurden folgende Themenbereiche untersucht:

- Betrachtung der Ausgangslage und Beschreibung der Aktivitäten und Instrumente der Evaluation
- Evaluation der Gremien (Lenkungsausschuss und Facharbeitskreis)
- Evaluation der Betriebsstrukturen, der Einrichtung und Pflege der Software-schnittstellen sowie von statistischen Datenauswertungen
- Betrachtung der einheitlichen Programmpflege und Pflege der Stammdaten auch zur Verwendung im Krisenfall
- Evaluation der Kosten- und Aufwandsentwicklung
- Vorschlag einer Finanzierungsaufteilung
- Weitere Verbesserungsvorschläge

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die im Rahmen der Evaluation empfohlenen Maßnahmen befinden sich gegenwärtig in der Beratung.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Aktuell werden die im Rahmen der Evaluation empfohlenen Maßnahmen noch abgestimmt, so dass noch keine Angaben zu den Auswirkungen der Maßnahmen möglich sind.

### **3.7. Finanzministerium**

#### **3.7.1. Untersuchung der Organisationsstrukturen und Personalbemessungen im Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Untersuchung der Organisationsstrukturen und Personalbemessungen im Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein.

Ressort

Finanzministerium

Datum der Beauftragung

18.06.2013/27.11.2013

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

267.000,00 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

266.056,81 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung liegen dem Finanzausschuss als vertraulicher Umdruck 18/3529 vor.

Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Ziele in Bezug auf Schaffung einer belastbaren und anerkannten Grundlage für die Personalbemessung im FVA erreicht.

Die Untersuchung der Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufe (Kernprozesse) im FVA hat zu Empfehlungen zur Änderung der Aufbau- und Ablauforganisation, zum Aufbau eines Call-Centers und interaktiver Infoportale, zu künftiger papierloser Vorgangsbearbeitung, zum Aufbau eines aussagekräftigen Berichtswesens und zur Begleitung/Gestaltung der „Transformation“ des FVA durch aktives Veränderungsmanagement zum künftigen DLZP geführt.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung bezüglich Personalbemessung wurden vom FM und FVA als verbindliche Grundlage für die 2013 erforderliche Personalausstattung anerkannt. Auf dieser Basis wurde nachlaufend über Personalbedarfe des FVA entschieden.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Weitere Aussagen zu den Auswirkungen sind erst im Zusammenhang mit der Umsetzung von Folgeprojekten der im Gutachten genannten Handlungsfelder möglich.

### **3.7.2. Managementberatung und -unterstützung beim Aufbau eines Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) für die Landesverwaltung**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Managementberatung und –unterstützung beim (phasenorientierten) Aufbau eines Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) für die Landesverwaltung

#### Ressort

Finanzministerium

#### Datum der Beauftragung

16.01.2014/24.09.2014

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

598.974,60 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

562.028,55 Euro

#### Ergebnisse der Untersuchung

Es wurden folgende wesentlichen Inhalte analysiert (siehe auch Umdruck 18/5167):

- Untersuchung des Personalmanagements im Finanzressort unter Berücksichtigung der absehbaren Veränderungen durch Aufgabenverlagerungen auf das DLZP: Durchführen von umfangreichen Prozessanalysen und Erarbeiten von Optimierungsempfehlungen für die Einführung von KoPers/Integriert
- Analyse der bestehenden und Festlegung der künftigen Betriebsstrukturen der Fachlichen Leitstelle im FVA einschließlich Personalbedarfsermittlung
- Herauslösung des Dezernates Landeskasse aus dem FVA

Darüber hinaus wurden die Inhalte des Gutachtens des Unternehmens CSC zu Untersuchungen der Organisationsstrukturen und Personalbemessungen im FVA konkretisiert (z.B. Verbesserungen im Kundenservice des DLZP durch Aufbau eines Servicecenters und Konzeption eines verbesserten Internetauftritts des FVA).



### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Zum 01.01.2015 wurde das bisherige Dezernat 5 „Landeskasse“ als zugeordnetes Amt beim Finanzministerium errichtet und aus dem FVA herausgelöst.

Die anderen Ergebnisse sind in die weiteren Arbeiten des Programms KoPers zur Reorganisation der Personalprozesse und zum Aufbau des DLZP eingeflossen.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die Organisation der künftigen dezentralen Personalprozesse. Daher sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussagen zu den Auswirkungen möglich.

Das Herauslösen der Landeskasse war eine Voraussetzung für die Transformation des FVA zum DLZP.

### **3.7.3. Unterstützende Beratungsleistungen beim Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP)**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Beratung des KoPers-Projektes Aufbau eines Dienstleistungszentrums Personal (DLZP) mit dem Ziel, den zeit- und fachgerechten Aufbau des DLZP zur stufenweisen Übernahme der zentralen (ab Beginn 2017) und der kooperativen Prozesse (ab Beginn 2018) bis hin zur so genannten Endausbaustufe zu unterstützen.

#### Ressort

Finanzministerium (Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

30.04.2015

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

271.491,36 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

271.491,36 Euro

### Ergebnisse der Untersuchung

Schwerpunkt der Untersuchung waren Beratungsleistungen für die Erstellung von Konzepten zum Organisationsdesign des DLZP (künftige Aufbau- und Ablauforganisation des DLZP bei Zentralisierung von Personalprozessen beim DLZP bzw. aufgabenteiliger (kooperativer) Erledigung von Personalmanagementaufgaben).

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Es handelt sich um Grundlagenarbeiten für den Betrieb eines funktionsfähigen und wirtschaftlich arbeitenden DLZP zum Zeitpunkt der Einführung von KoPers / Integriert.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen bzgl. des DLZP sowie der Personalprozesse beziehen sich auf die Einführung von KoPers / Integriert. Aktuell ist die Einführung von KoPers / Integriert noch nicht abgeschlossen. Daher sind zum aktuellen Zeitpunkt keine Aussagen zu den Auswirkungen möglich.

## **3.7.4. Erstellung einer Organisationsanalyse in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt für Informationstechnik (AIT)**

### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Organisationsuntersuchung im Amt für Informationstechnik (AIT)

### Ressort

Finanzministerium (Beauftragung aus Rahmenvertrag)

### Datum der Beauftragung

12.12.2014

### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

174.410,57 Euro

### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

174.410,57 Euro

### Ergebnisse der Untersuchung

Erarbeitung und Bewertung von Vorschlägen zur zukunftsfähigen Gestaltung der Organisationsstrukturen des AIT; insbesondere Empfehlungen zur Veränderung der Aufbauorganisation.

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Aufbauorganisation des AIT wurde zum 15.08.2016 verändert. Die Fachbereiche wurden entsprechend den Empfehlungen der Organisationsuntersuchungen neu ausgerichtet. Dabei wurde den Vorschlägen der Berater weitgehend gefolgt. Hierfür wurden Fachbereiche zukunftssicher ausgerichtet und u.a. für folgende Bereiche neu strukturiert:

- Verfahrensentwicklung
- Verfahrensbetreuung und
- Einrichtung eines Dezernats für Grundsatzfragen sowie für die Betreuung von KONSENS und EOS

Die Umsetzung weiterer (über die Veränderung der Organisationsstrukturen hinausgehender) Vorschläge der Berater wird in den nächsten Monaten erfolgen. Hier waren zunächst die Ergebnisse der Überlegungen zur länderübergreifenden Zusammenarbeit auf der Ebene der norddeutschen Länder (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) abzuwarten.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Mit der Umsetzung der Vorschläge der Berater wurde in 2016 begonnen. Eine Aussage zu bisher erreichten monetären und qualitativen Auswirkungen ist daher aktuell nicht möglich.

### **3.7.5. Organisationsuntersuchung in dem dem Finanzministerium zugeordneten Amt „Landeskasse“**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Optimierung der Ablauforganisation in der Landeskasse

#### Ressort

Finanzministerium (Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

01.04.2015

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

135.180,07 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

135.180,07 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Die aufgabenkritische Organisationsuntersuchung in der Landeskasse hatte zum Ziel, Möglichkeiten zur gleichmäßigeren Verteilung von Arbeitsmengen zu identifizieren und Vorschläge zur Optimierung von Arbeitsprozessen zu erarbeiten. Sie wurde vom März bis September 2015 durchgeführt und mit einem Abschlussbericht abgeschlossen.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Der Abschlussbericht sieht 16 konkrete Handlungsempfehlungen vor (vgl. Tabelle 3 zum Abschlussbericht). Der Abschlussbericht liegt den Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages vor.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Für die Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurde ein Einsparpotenzial von 1,4 bis 1,7 Vollzeitäquivalenten ermittelt. Die Realisierung dieser Einsparvorgaben wird unterstützt. Diese sind gegenwärtig jedoch noch nicht umgesetzt.

**3.7.6. Untersuchung der Organisationsstruktur in den Veranlagungsstellen der schleswig-holsteinischen Finanzämter**Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Untersuchung der Organisationsstruktur in den Veranlagungsstellen der schleswig-holsteinischen Finanzämter

Ressort

Finanzministerium (Beauftragung aus Rahmenvertrag)

Datum der Beauftragung

13.11.2015

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

287.328,36 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

189.478,36 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Es handelt sich um ein laufendes Projekt. Die Ergebnisse werden erst im Endbericht des Projektes dargestellt, der im Dezember 2016 erwartet wird.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Es handelt sich um ein laufendes Projekt. Die Ergebnisse werden erst im Endbericht des Projektes dargestellt, der im Dezember 2016 erwartet wird.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Es handelt sich um ein laufendes Projekt. Die Ergebnisse werden erst im Endbericht des Projektes dargestellt, der im Dezember 2016 erwartet wird. Es sind daher aktuell noch keine Aussagen zu den monetären und qualitativen Auswirkungen möglich.

### **3.8. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie**

#### **3.8.1. Vorschläge zur Optimierung der Verwaltungsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung des EFRE und des ESF**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Vorschläge zur Optimierung der Verwaltungsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung des EFRE und des ESF

Ressort

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Datum der Beauftragung

25.07.2012

Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

6.335,20 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

6.335,20 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Das Gutachten der Gesellschaft für Struktur und Arbeitsmarktentwicklung (GSA) kommt in seiner Zusammenfassung zu einer Reihe von Einzelempfehlungen. Nachfolgend werden die wesentlichen Empfehlungen aufgeführt:

- Optimierung der Beratungsstrukturen für die Umsetzung der Wirtschaftsförderung in der Förderperiode 2014 - 2020.
- Es wird empfohlen, bezogen auf die Referate VII 20 und VII 21, eine eindeutige Zuordnung der Erledigung von Grundsatzangelegenheiten und den Aufgaben der EFRE-Verwaltungsbehörde in je einem Referat vornehmen zu lassen.
- Bei der Neuprogrammierung des EFRE sollten die Verfahren erheblich verschlankt werden.
- In den nächsten Förderperioden sollten für den ESF und den EFRE je ein Förderhandbuch erstellt werden, in denen alle für die Bearbeitung und Umsetzung relevanten Themen aufbereitet und erläutert werden. Von der Option einer Zusammenlegung der ESF- und EFRE-Verwaltungsbehörde sollte zurzeit kein Gebrauch gemacht werden.

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

- Im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms Wirtschaft in der Förderperiode 2014 bis 2020, in dem EFRE-, GRW- und Landesmittel gebündelt werden, wurden die Beratungsstrukturen optimiert. Die Beratung, Bewilligung und Abwicklung der Förderung erfolgt aus einer Hand bei den Dienstleistern IB.SH und WTSH. Die vier regionalen Beiräte und Geschäftsstellen wurden durch ein landesweites Empfehlungsgremium ersetzt.
- Für die Referate VII 20 und VII 21 erfolgte ein neuer Aufgabenzuschnitt, so dass eine eindeutige Zuordnung von Zuständigkeiten gegeben ist (VII 20: Wirtschafts- und Mittelstandspolitik, VII 21: Regional- und Strukturpolitik, EFRE, GRW, EU-Angelegenheiten). Der Geschäftsverteilungsplan wurde entsprechend angepasst.
- Das Operationelle Programm EFRE 2014 - 2020 wird unter dem Dach des Landesprogramms Wirtschaft abgewickelt (siehe oben). Die Verfahren für die Umsetzung des Landesprogramms Wirtschaft wurden im Vergleich zur Förderperiode 2007 bis 2013 verschlankt und transparenter gestaltet (siehe oben).
- Für die Umsetzung des Operationellen Programms EFRE 2014 - 2020 wird ein Handbuch für die Verwaltungsbehörde und die zwischengeschalteten Stellen (Fachreferate, IB.SH, WTSH) erstellt und ist Bestandteil des Verwaltungs- und Kontrollsystems. Von einer Zusammenlegung der EFRE- und ESF-Verwaltungsbehörden wurde nach eingehender Prüfung der Vor- und Nachteile auch in der Förderperiode 2014 bis 2020 abgesehen.
- Wie bereits in der Förderperiode 2007 bis 2013 Umsetzung des Operationellen Programms ESF wurden in der laufenden Förderperiode verschiedene Handbücher erstellt, in denen jeweils die wesentlichen, regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben niedergelegt sind (z.B. Handbuch der Verwaltungsbehörde, Handbuch der Aktionsverantwortlichen, Handbücher der zwischengeschalteten Stelle (Investitionsbank Schleswig-Holstein)). Die Handbücher sind Bestandteil des Verwaltungs- und Kontrollsystems.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Im Rahmen einer Analyse des Personalbedarfs zur Umsetzung des Operationellen Programms EFRE 2014 - 2020, die mit externer Unterstützung durchgeführt wurde, wird aufgrund gesteigener Anforderungen der Europäischen Kommission an Verwaltungsstrukturen und Abwicklung (u.a. Verwaltungs- und Kontrollsystem, Berichtspflichten) ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die Umsetzung der EFRE-Förderung prognostiziert. Es wird ein Anstieg des Verwaltungsaufwands um 15 Prozent je Euro EFRE-Förderung erwartet. Durch die zusätzliche Aufgabenübertragung auf die Dienstleister und die Abschaffung der regionalen Geschäftsstellen werden Effizienzgewinne erwartet. Die Analyse lässt jedoch keine belastbaren Aussagen zum Verwaltungsaufwand für die Umsetzung des Landesprogramms Wirtschaft zu, da nur die Umsetzung des EFRE, nicht aber der GRW betrachtet wurde. Das gestiegene Fördervolumen im Bereich der GRW lässt aber eine spürbare Steigerung des Aufwands in der Umsetzung erwarten.

Im Rahmen einer Analyse des Personalbedarfs zur Umsetzung des Operationellen Programms ESF 2014 - 2020, die mit externer Unterstützung durchgeführt wurde, wird aufgrund gesteigener Anforderungen der Europäischen Kommission an

Verwaltungsstrukturen und Abwicklung (u.a. Verwaltungs- und Kontrollsystem, Berichtspflichten, Verwaltungserklärung, Risikoanalysen) ein erhöhter Verwaltungsaufwand für die Umsetzung der ESF-Förderung prognostiziert. Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit mit der zwischengeschalteten Stelle und dem externen Evaluator werden voraussichtlich einen Teil des Mehraufwandes auffangen können.

Für den EFRE-Bereich sind folgende Ziele erreicht worden:

- Effizientere und transparentere Verfahren
- eindeutige Zuordnung von Zuständigkeiten in den Referaten VII 20 und VII 21
- Bündelung der Beratungs-, Bewilligungs- und Abwicklungsaufgaben bei den Dienstleistern IB.SH und WTSH

Durch die möglichen Synergieeffekte und die Einbeziehung der externen Gutachter-sicht wird derzeit für den ESF-Bereich davon ausgegangen, dass die Qualität bei steigenden Anforderungen annähernd erhalten bleiben kann.

### **3.8.2. Einführung der eVergabe (LBV.SH) / Implementierung der Handlungsempfehlungen aus dem Projekt Einführung der e-Vergabe**

Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Phase 1: Einführung der eVergabe (LBV.SH)

Phase 2: Implementierung der Handlungsempfehlungen aus dem Projekt Einführung der e-Vergabe

#### Ressort

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (LBV.SH) (Finanzministerium/Staatskanzlei – Beauftragung aus Rahmenvertrag)

#### Datum der Beauftragung

Einführung der e-Vergabe (Phase 1): 31.08.2015

Implementierung der Handlungsempfehlungen (Phase 2): 02.05.2016

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Einführung der e-Vergabe (Phase 1): 130.089,62 Euro

Implementierung der Handlungsempfehlungen (Phase 2): 122.170,68 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Einführung der e-Vergabe (Phase 1): 130.089,62 Euro

Implementierung der Handlungsempfehlungen (Phase 2): 79.184,98 Euro



### Ergebnisse der Untersuchung

#### Einführung der e-Vergabe (Phase 1):

Das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz (VergRModG) vom 17.02.2016 setzt über die Änderung des Teils 4 des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) die neuen EU-Vergaberichtlinien für Vergaben öffentlicher Aufträge oberhalb der Schwellenwerte um. Es gilt ab dem 18.04.2016.

Ein wesentlicher Aspekt der Modernisierung ist die Bereitstellung der Bekanntmachungstexte und der Vergabeunterlagen in digitaler Form. Ziel ist es, ab Oktober 2018 auch die Abgabe digitaler Angebote zwingend vorzugeben. Für die sogenannte e-Vergabe (elektronische Vergabe über eine Vergabeplattform) gibt es bundesweit vier bis fünf private Anbieter sowie die Vergabeplattform der GMSH. Der LBV-SH führt ca. 200 VOB-Vergaben im Jahr durch (oberschwellig und unterschwellig). Dazu kommen noch Vergabeverfahren nach VOL(alt) und VOF (alt), neu VgV (Vergabeverordnung für die Oberschwellenvergaben) und UVgO (Unterschwellenvergabeverordnung, erst im Entwurf vorhanden).

Es ist ein gemeinsames Ziel der GMSH und des LBV-SH, die Vergabeplattform der GMSH zum Vergabeportal Schleswig-Holsteins zu entwickeln und diese Vergabeplattform gemeinsam zu nutzen.

Der Beratervertrag mit KPMG wurde geschlossen, um die Prozessabläufe von VOB-Vergaben innerhalb des LBV-SH (Betriebssitz, 4 Niederlassungen, Fachcenter) zunächst zu erfassen und daraus eine Handlungsempfehlung für die e-Vergabe (Zusammenarbeit mit der GMSH zur Nutzung der Vergabeplattform) zu entwickeln. Änderung an der Organisation sollten so durchgeführt werden, dass das operative Geschäft nicht gestört wird.

#### Ergebnis:

In den Bausachgebieten der Niederlassungen, den Fachcentern und dem Betriebs-sitz konnten 18 unterschiedliche Geschäftsprozesse erfasst und aufbereitet werden.

Für die zukünftige Zusammenarbeit mit der GMSH zur Nutzung der Vergabeplattform ist es erforderlich, innerhalb des LBV-SH eine Umstrukturierung dahingehend durchzuführen, dass in den einzelnen Niederlassungen Vergabegruppen geschaffen werden. Diese Vergabegruppen sollen dann jeweils zentral für die Niederlassungen die Arbeit mit der GMSH für das Vergabeportal abwickeln. Außerdem kann die bisher für jeden Mitarbeiter notwendige Fortbildung im Vergaberecht auf die Mitarbeiter der Vergabegruppen reduziert werden.

#### Implementierung der Handlungsempfehlungen (Phase 2):

In Phase 2 der e-Vergabe wurden in Workshops mit den Niederlassungen die notwendigen Änderungen in den Geschäftsprozessen und die erforderliche Umstrukturierung in den Niederlassungen erarbeitet. Dabei wurden die jeweiligen Geschäftsprozesse optimiert.

#### Ergebnis:

In jeder Niederlassung wird eine Vergabegruppe eingerichtet. Das technische Personal ist für die technischen Vergabeunterlagen verantwortlich und die Vergabegruppen (zum größten Teil aus dem Verwaltungsbereich) für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Vergaben. Die GMSH übernimmt für den LBV-SH Dienstleistungen von

der Bereitstellung der Vorinformation/Bekanntmachung bis einschließlich der Nachrechnung der Angebote und gibt diese dann zur weiteren Wertung an den LBV-SH zurück.

Die Geschäftsprozesse zur Zusammenarbeit zwischen GMSH und LBV-SH werden für VOB-Vergaben und Vergaben nach VgV (alt VOL und VOF) und UVgO erarbeitet.

Ziel ist es, zunächst sicherzustellen, dass die EU-Vergaben über das Vergabeportal der GMSH vergaberechtskonform abgewickelt werden. Nachfolgend sollen auch die nationalen Vergaben nach VOB und UVgO über das e-Vergabeportal abgewickelt werden, sodass nach einer Übergangszeit die Schritte von der Bekanntmachung bis zur Nachrechnung in allen Vergabeverfahren von der GMSH als Dienstleistung für den LBV-SH erbracht werden.

#### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Implementierung der Handlungsempfehlungen ist noch nicht abgeschlossen.

#### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die Implementierung der Handlungsempfehlungen ist noch nicht abgeschlossen, so dass aktuell noch keine Aussagen zu den monetären und qualitativen Auswirkungen möglich sind.

### **3.8.3. Organisationsuntersuchung des Aufgabenbereichs „Service“ des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH)**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Organisationsuntersuchung des Aufgabenbereichs „Service“ des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH)

#### Ressort

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

#### Datum der Beauftragung

16.04.2014

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

75.000,00 Euro

Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

75.000,00 Euro

Ergebnisse der Untersuchung

Es wurden Empfehlungen für die Aufgabenfelder allgemeine Verwaltung, Personal, Finanzen, Informationstechnik sowie Controlling gegeben. Dabei wurde die Grundstruktur des LBV mit einem Betriebssitz und vier Niederlassungen als gegeben vorausgesetzt. Im Rahmen dieser Struktur gab es detaillierte Ablauf- und Organisationsempfehlungen hinsichtlich Zentralisierung und Umstrukturierung.

Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Die Bereiche der allgemeinen Verwaltung können erst im Zuge der Einführung der E-Akte umstrukturiert werden, bis dahin bleiben die Strukturen erhalten.

Im Bereich der Personalverwaltung wurden weitgehende Zentralisierungen der Zuständigkeiten für den Innendienst im Betriebssitz in Kiel vorgenommen. Der Bereich des Innendienstes wird vollständig durch das Dezernat 11 im Betriebssitz verwaltet. In den Niederlassungen bestehen weiterhin Ansprechbereiche für Vor-Ort-Aufgaben sowie die Zuarbeit für den Betriebssitz.

Im Bereich Finanzen wurde festgestellt, dass eine Zentralisierung zunächst nicht zu empfehlen war. Abweichend davon werden in geringem Umfang auf Grund von personellen Erwägungen Aufgabenverlagerungen in den Betriebssitz vorgenommen.

Die IT-Aufgaben des Betriebssitzes sowie der Niederlassungen wurden zwischenzeitlich gemäß der Empfehlung des Gutachtens zentralisiert ausgerichtet und personalwirtschaftlich dem Betriebssitz zugeordnet.

Für den Bereich des Controlling gab es keine eindeutige Organisationsempfehlung. Hier wurde die Variante der Spartenorganisation gewählt, wonach bestimmte Fachdezernate die Ressourcenverantwortung übertragen bekommen haben und eine Organisationseinheit die Aufgaben der Abwicklung der technischen und verfahrensmäßigen Betreuung des Controllings übernommen hat.

Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Monetäre Auswirkungen der Umorganisation lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Aufgrund des starken Aufgabenzuwachses konnten die Maßnahmen jedoch bewirken, dass der eingeschlagene Personaleinsparpfad der Straßenbauverwaltung weitest möglich eingehalten werden konnte. Qualitative Auswirkungen können nur im Rahmen einer Evaluation sachgerecht erhoben werden. Insgesamt haben die ergriffenen Maßnahmen dazu beigetragen, das steigende Aufgabenvolumen auch weiterhin in gewohnter Qualität wahrzunehmen.

### **3.8.4. Organisationsuntersuchung der Beratungsstellen „Frau & Beruf“**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Organisationsuntersuchung der aus dem Arbeitsmarktprogramm geförderten Beratungsstellen „Frau & Beruf in Schleswig-Holstein“

#### Ressort

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

#### Datum der Beauftragung

21.01.2013

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

47.484,00 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

52.249,76 Euro

#### Ergebnisse der Untersuchung

Gegenstand der Untersuchung war eine Analyse der organisatorischen Aufbaustruktur, der Aufgabendurchführung, der Steuerung und der Finanzierung des Förderangebots. Das Ergebnis der Organisationsuntersuchung sollte die Grundlage für eine Anpassung der Förderrichtlinie von Frau & Beruf an die Ziele und Rahmenbedingungen der neuen ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 bilden.

Es wurden Empfehlungen für die strategische und inhaltliche Ausrichtung und Weiterentwicklung einer für den Arbeitsmarkt zielgruppengerechten Beratungslandschaft vor dem Hintergrund der finanziellen Ressourcen der neuen Förderperiode erarbeitet:

- Einführung eines objektiven Verteilungsschlüssels zur finanziellen Ausstattung und räumlichen Verteilung (z.B. Einwohnerinnen im erwerbsfähigen Alter)
- Überarbeitung des Aufgabenkatalogs und kennzahlenbezogene Fixierung
- Vorgaben zur Personalzusammensetzung
- Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle
- Vorgabe von Themen für strukturpolitische Aktivitäten
- Steuerung durch wirkungsorientiertes Controllingssystem
- Veränderung der Finanzierungsstruktur
- Einführung eines Wettbewerbselements durch Ausschreibung für die Gebietskulissen ineffizienter Beratungsstellen

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

In der neuen ESF-Förderperiode werden acht neu eingerichtete Beratungsregionen gefördert, die eine flächendeckende Beratung in Schleswig-Holstein gewährleisten sollen. Zum 1. Juli 2014 wurden Empfehlungen des Gutachters durch Änderung der ergänzenden Förderkriterien für die Beratungsstellen Frau & Beruf umgesetzt.

Zur Optimierung der Zusammenarbeit und Steuerung wurde 2014 eine landesweite Koordinierungsstelle eingerichtet.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Für die ESF-Förderperiode 2014-2020 steht für das Beratungsangebot Frau & Beruf ein Gesamtbudget von 8,0 Mio. Euro zur Verfügung. Dieses Volumen entspricht dem Planbudget der abgelaufenen ESF-Förderperiode.

Im ersten Jahr der Förderung (2014) wird mit einem Gesamtbudget von 1,06 Mio. Euro gerechnet. Die Träger haben erstmalig einen Eigenanteil von 10 Prozent am Gesamtbudget zu tragen. Der Eigenanteil dient der vorrangigen Kofinanzierung und ersetzt bisher eingebrachte Landesmittel.

Es wird ein an Strukturmerkmalen orientierter Verteilungsschlüssel zur finanziellen Ausstattung und räumlichen Verteilung der Beratungsstellen zugrunde gelegt. Der Höchstbetrag des Zuschusses wird anteilig zu 50 Prozent nach der Zahl der Einwohnerinnen im erwerbsfähigen Alter im Einzugsbereich und zu 50 Prozent nach der Größe der Gebietsfläche des Einzugsgebiets errechnet.

Mit den Ergebnissen wurden folgende qualitative Auswirkungen erzielt:

- Fokussierung auf die Hauptaufgabe Einzelfallberatung und auf eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen
- Stärkung der individuellen Beratung durch Erhöhung des Zeitanteils für Beratung
- Optimierung von Koordinierung und Steuerung durch Einrichtung einer Koordinierungsstelle

### **3.9. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung**

#### **3.9.1. Erstellung einer Organisationsanalyse im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung**

##### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Erstellung einer Organisationsanalyse im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG)

##### Ressort

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (Finanzministerium - Beauftragung aus Rahmenvertrag)

##### Datum der Beauftragung

15.10.2014

##### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

310.730,35 Euro

##### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

310.730,35 Euro

##### Ergebnisse der Untersuchung

Die erstellte Organisationsanalyse identifiziert insgesamt 43 Einsparpotentiale durch Aufgabenreduktion, Auslagerung von Aufgaben und interne Optimierung (strukturelle Veränderungen und Veränderungen der Arbeitsorganisation). Die Empfehlungen weisen größtenteils sehr kleinteilige Einspareffekte auf und sind im Einzelnen in der Anlage 1 des Abschlussberichtes aufgelistet (auf Wunsch kann der Bericht nochmals zur Verfügung gestellt werden).

Die Organisationsvorschläge beziehen sich in erster Linie auf Änderungen in der Geschäftsverteilung und auf die Reduzierung von Personal in einzelnen Aufgabenbereichen. Im Bereich der Aufsichten wurde jedoch ein Personalmehrbedarf identifiziert.

Beispielsweise wurden folgende Maßnahmen zur Prüfung auf eine mögliche Umsetzbarkeit durch das MSGWG vorgeschlagen:

- Reduktion von Teilaufgaben im Bereich Registratur
- Reduktion von Assistentztätigkeiten
- Verzicht auf die Bücherei
- Verzicht auf die Vervielfältigungsstelle und Druckerei
- Reduktion im Bereich Innenrevision
- Reduktion nicht-pflichtiger (Teil-)Aufgaben in der Leitstelle Prävention
- Reduktion nicht-pflichtiger (Teil-)Aufgaben im Bereich Gleichstellungspolitik

- Auslagerung der Technischen Beratung und Begleitenden Hilfe im Arbeitsleben
- Auslagerung der Posteingangs-/Postausgangsbearbeitung
- Auslagerung der System- und Anwenderbetreuung sowie des Hardwaresupports
- Auslagerung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe im Bereich der stationären Gefährdetenhilfe
- Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Impfwesens pp.

Auch wurden grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die das gesamte MSGWG betreffen (z.B. eine denkbare Verteilung der Aufgaben der Allgemeinen Abteilung im Hause sowie weitere Aufgabenumverteilungen, Aufgabenverdichtungen und Auslagerungen).

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Sämtliche Empfehlungen werden zurzeit unter Einbeziehung der aktuellen Aufgabenentwicklung in einem intensiven Umsetzungsprozess, der sich bis ins Jahr 2020 erstrecken wird, auf ihre Realisierbarkeit geprüft.

Vor diesem Hintergrund ist gegenwärtig eine abschließende Aussage zur Umsetzung der Empfehlungen nicht möglich.

Bislang konnten drei Bereiche der Allgemeinen Abteilung (Organisation, Haushalt und IT) identifiziert werden, in denen auf eine Wiederbesetzung verzichtet werden kann. Es ist ferner wahrscheinlich, dass sich Anfang 2017 in der Allgemeinen Abteilung und einer Fachabteilung jeweils zwei weitere Empfehlungen organisatorisch umsetzen lassen werden.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die einzelnen Maßnahmen und Schritte zur Zielerreichung sind monetär nicht bewertet worden. Die Übernahme umsetzbarer Empfehlungen trägt dazu bei, die jährliche Einsparvorgabe im Personalhaushalt des MSGWG (Stellenabbaupfad) in den Jahren 2014 bis 2020 zu erwirtschaften.

Haushaltswirksam wird von 2014 bis 2020 daher insgesamt ein Einspareffekt von 1,8 Mio. Euro (rd. 36 Stellen) erzielt werden können.

Aussagen zu qualitativen Auswirkungen sind erst im Verlaufe des weiteren Umsetzungsprozesses möglich.

### **3.9.2. Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein (LAsD) Organisationsuntersuchung sowie Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung**

#### Thema der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchung bzw. Beratung (Untersuchungsgegenstand)

Die Organisationsuntersuchung (Teil I) im LAsD hatte das Ziel, zu klären, ob und wie eine Aufgabenerledigung unter Beachtung/Einhaltung des Stellenabbaupfades bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs bis 2020 und darüber hinaus gesichert werden kann. Hierbei galt es, die gegenwärtige Struktur sowie die Prozessabläufe zu erfassen, zu analysieren und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Der darauf aufbauende Auftrag, Umsetzung (Teil II) der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung war darauf ausgerichtet, den Umsetzungsprozess beratend zu planen, in der Anfangsphase zu begleiten und für Akzeptanz bei Veränderungen zu werben. Die einzelnen Schritte waren schlüssig und detailliert zu beschreiben. In diesem Kontext war auch begründet darzulegen, welche Zeitschiene für strukturelle Änderungen im Blick stehen sollte.

#### Ressort

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (nachgeordneter Bereich)

#### Datum der Beauftragung

Organisationsuntersuchung: 23.07.2013

Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung: 03.04.2014

#### Gesamtkosten lt. Auftrag (inkl. MwSt.)

Organisationsuntersuchung: 149.226,00 Euro

Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung: 105.247,42 Euro

#### Bisherige Kosten (inkl. MwSt.) zum Stichtag 11.10.2016

Organisationsuntersuchung: 149.226,00 Euro

Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung: 105.247,42 Euro

#### Ergebnisse der Untersuchung

Der Abschlussbericht enthält insgesamt 92 Empfehlungen zu strukturellen Änderungen und zur Optimierung von Prozessen. Aufgrund dieses Umfangs erscheint eine detaillierte Auflistung der einzelnen Empfehlungen an dieser Stelle nicht sachgerecht. Die Empfehlungen wurden für die Abschlussveranstaltung in einer Präsentation zusammengefasst. Auf Wunsch wird die erstellte Zusammenfassung übersandt.

Neben vielfältigen Vorschlägen zur Änderung von Prozessabläufen stellt der strukturelle Umbau von selbständigen Außenstellen zu einer Linienorganisation



(Abteilungen mit dezentralen Dezernaten) den Kern der organisatorischen Optimierung dar. Verbunden damit ist eine Reduzierung der Anzahl der Organisationseinheiten im operativen Bereich bei gleichzeitigem Ausbau der Führungsspanne (kleinste Organisationseinheit ist nicht mehr der Abschnitt, sondern das Dezernat). In diesem Kontext wurde auch die Aufgabe einer Außenstelle empfohlen.

Neben Synergien sichern die strukturellen Vorschläge auch eine einheitliche Aufgabenerledigung und ermöglichen einzelne Aufgaben an einem Standort zu konzentrieren.

### Umgesetzte Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen der Untersuchung

Bisher umgesetzt:

- Änderung der Organisationsstruktur in eine Linienstruktur
- Aufgabe der Eigenständigkeit der bisherigen Außenstellen
- Schließung eines Standortes
- Schaffung größerer Organisationseinheiten mit der Folge der Erhöhung der Leitungsspannen
- Konzentrierung von Aufgaben an einem Standort oder in einem Dezernat
- Einführung einheitlicher Öffnungszeiten

Um eine einheitliche Aufgabenerledigung sicherzustellen, sind ferner auch neue Dienstanweisungen erstellt worden.

Der Umsetzungsprozess ist weiterhin ein laufendes Verfahren, das nunmehr ohne externe Unterstützung weiter geführt wird.

### Monetäre und qualitative Auswirkungen der Umsetzung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die monetären Auswirkungen der einzelnen Empfehlungen sind nicht beziffert. Die Ergebnisse des Organisationsgutachtens stellen vielmehr auf die Realisierung des Stellenabbaupfades bis 2020 bei gleichzeitiger Übernahme neuer Aufgaben ab. Das bedeutet, dass im LAsD eine Einsparung von 40 Stellen im Wert von 2 Mio. Euro gesichert wird. Daneben konnten die zentralen Landesaufwendungen für den Geschäftsbereich des MSGWG durch die Aufgabe einer Außenstelle um jährlich ca. 280.000,00 Euro entlastet werden.

Qualitative Auswirkungen sind:

- die Linienstruktur ermöglicht eine einheitliche Aufgabenerledigung
- die größeren Organisationseinheiten erleichtern die Aufgabenerledigung bei Abwesenheitszeiten infolge von Urlaub, Krankheit pp.
- Führungskräfte sind von Fachaufgaben entlastet worden, um verstärkt Führungsaufgaben wahrnehmen zu können

## **4. Überblick und Entwicklung der Allgemeinen Abteilung der Ministerien und der Staatskanzlei**

### **4.1. Strukturveränderungen**

#### **4.1.1. Staatskanzlei**

Die Allgemeine Abteilung der StK wurde zum 1. April 2013 aufgelöst. Die ressortübergreifenden Aufgabenbereiche der damaligen Allgemeinen Abteilung, z.B. zentrales Personalmanagement und KoPers, wurden mit weiteren aus anderen Geschäftsbereichen übernommenen Aufgabenbereichen, z.B. Zentrales IT-Management, Öffentliches Dienstrecht, in einem Stabsbereich (ab 1. Oktober 2015 Abteilung 4) gebündelt und zusammengefasst. Die klassischen Aufgabenbereiche der Allgemeinen Abteilung, z. B. Personalangelegenheiten und Haushalt der StK wurden der Abteilung 3 Landesplanung (ab 1. April 2013 Landesplanung, Personal, Haushalt) zugeordnet. Der Aufgabenbereich Protokoll, Auswärtige Angelegenheiten, Orden, Nationale Minderheiten ressortiert ab 1. April 2013 in der Abteilung 2 (Ressortkoordination etc.).

#### **4.1.2. Ministerium für Justiz, Kultur und Europa**

Das Referat für Organisation und IT (II 13) ist aufgelöst worden. Die Bereiche Organisation und die Zuständigkeit für den Arbeitssicherheitsausschuss des Ministeriums sind mit in das Referat 10 integriert worden. Der IT-Bereich ist mit dem Referat für den Inneren Dienst (II 12) zusammengeführt worden. Die Stelle der Referatsleitung wurde dadurch eingespart. Darüber hinaus wurde eine Stelle der Laufbahngruppe 2.1. reduziert, deren Aufgaben im Inneren Dienst auf andere Arbeitsplätze verteilt wurden.

#### **4.1.3. Ministerium für Schule und Berufsbildung**

Da sich durch die steigende Zahl der Privatschulen und Privatschüler die Fallzahlen und der Haushaltsansatz der zu verwaltenden Fördermittel in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben, wurde wegen der zunehmenden Bedeutung der Privatschulfinanzierung zum 01.10.2015 ein eigenständiges Referat III 15 „Privatschulfinanzierung, Schulrechtliche Angelegenheiten der berufsbildenden Schulen und RBZ, Innenrevision“ eingerichtet.

#### **4.1.4. Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten**

##### 2012

2012 wurde das Referat IV 14 „Öffentliches Dienstrecht, Nachwuchskräfte allgemeine Verwaltung, ressortübergreifende Aus- und Fortbildung“ gebildet. Hierfür erfolgte der Wechsel des Referats per Organisationserlass des Ministerpräsidenten vom Finanzministerium ins Innenministerium.

##### 2013

2013 wurde das Referat IV 14 „Öffentliches Dienstrecht, Nachwuchskräfte allgemeine Verwaltung, ressortübergreifende Aus- und Fortbildung“ aufgelöst. Der Aufgabenbereich Öffentliches Dienstrecht wechselte in die Staatskanzlei (Organisationserlass

des Ministerpräsidenten). Die weiteren Aufgabenbereiche wurden intern dem Referat IV 16 „Organisation, Normenprüfung, Verfahrensrecht, Verkündungsblätter“ zugeordnet.

Zudem wurde das Projekt IV RLV „Reform der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein: Beteiligung der Landesregierung“ neu eingerichtet, da es sich um eine neue Aufgabe handelte.

#### 2014

Es wurde das Projekt IV EEA „Einführung der E-Akte im Ministerium“ eingerichtet, da es sich um eine neue Aufgabe handelte. Das Projekt IV RLV „Reform der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein: Beteiligung der Landesregierung“ wurde aufgelöst, da die Aufgabe entfallen ist.

#### 2015

2015 erfolgten keine strukturellen Änderungen.

#### 2016

Das Referat IV 12 „IT-Management“ wurde aufgelöst, da die überwiegenden Aufgaben des dezentralen IT-Managements vom Zentralen IT-Management in der StK übernommen werden.

Das Referat IV 14 „Organisation und Digitales Arbeiten“ wurde neu gebildet. Dieses Referat übernimmt den Aufgabenbereich Organisation vom Referat IV 16 sowie einzelne Aufgaben des dezentralen IT-Managements vom Referat IV 12.

Das Projekt IV EEA „Einführung der E-Akte im Ministerium“ wurde aufgelöst, da diese Aufgabe zukünftig in der Linie vom Referat IV 14 wahrgenommen wird.

#### **4.1.5. Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume**

Es erfolgten keine strukturellen Veränderungen im Berichtszeitraum.

#### **4.1.6. Finanzministerium**

Mit der Regierungsumbildung wurde zum 01.09.2012 aus der Abteilung VI 1 der Bereich Statusrecht des Referates VI 14 (Beamtenrecht) an das Innenministerium verlagert. Der im FM verbleibende Aufgabenbereich finanzielles Dienstrecht des Referates VI 14 wurde in das Referat VI 11 (Justitariat, Arbeits-, Tarif-, Personalvertretungs- und Schwerbehindertenrecht, Lastenausgleich, Bücherei) verlagert.

#### **4.1.7. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie**

Die Abteilung VII 1 wurde 2013 aufgelöst. Daraus entstand der Bereich Zentrale Dienste (Querschnittsaufgaben des Ministeriums). 2015 konnte eine Zusammenlegung des Bereichs Zentrale Dienste mit der Abteilung VII 5 zur Abteilung VII 1 erfolgen. Die Anzahl der Abteilungen wurde damit von fünf auf vier Abteilungen reduziert.

#### **4.1.8. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung**

Es erfolgten keine strukturellen Veränderungen im Berichtszeitraum.

## 4.2. Vollzeitäquivalente

Die Entwicklung der Beschäftigung in den klassischen Bereichen der Allgemeinen Abteilungen ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle.

(Die Angaben wurden der Drucksache 18/3617 entnommen und um die aktuellen Zahlen ergänzt.)

### Vollzeitäquivalente

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	2016 geplant	2017 geplant
<b>StK*</b>	18,73	18,35	19,48	19,48	19,63	19,63
<b>MJKE</b>	42,13	38,99	39,30	39,61	39,61	39,61
<b>MSB</b>	33,49	32,09	31,74	33,82	36,30	36,30
<b>MIB*</b>	56,36	56,93	58,58	59,75	50,10	49,10
<b>MELUR</b>	24,83	25,60	24,00	23,68	23,68	23,68
<b>FM*</b>	33,59	29,60	29,17	28,70	30,76	30,76
<b>MWAVT</b>	30,20	29,80	29,40	28,80	28,30	28,30
<b>MSGWG*</b>	45,57	45,07	43,57	43,05	40,90	38,05
<b>Summe</b>	<b>284,90</b>	<b>276,43</b>	<b>275,24</b>	<b>276,89</b>	<b>269,28</b>	<b>265,43</b>

\*) Die Zahlen enthalten Anteile für IT.

### Erläuterungen zur Tabelle:

Durch den Einsatz von Teilzeitbeschäftigten und Änderungen der Arbeitszeitanteile ergeben sich laufend Schwankungen in der Zahl der tatsächlich eingesetzten Vollzeitäquivalente.

Die Allgemeinen Abteilungen nehmen zum Teil auch Aufgaben für ihre unterschiedlich großen nachgeordneten Bereiche wahr, was eine entsprechend angepasste Personalausstattung erfordert.

Infolge organisatorischer Veränderungen und Optimierungen der Landesverwaltung verändern sich die Personalbedarfe. Im Betrachtungszeitraum konnten personelle Einsparungen erreicht werden.

Das MIB hat eine Sonderrolle unter den Ressorts, weil es einige Aufgaben im Interesse wirtschaftlichen Verwaltungshandelns ressortübergreifend wahrnimmt (z.B. Kfz-Wesen, zentrale Poststelle). Die Aufgaben sind nicht in den Zahlen enthalten. Andere ressortinterne Fachaufgaben sind bei den Beschäftigtenzahlen berücksichtigt, weil es sich um Mischarbeitsplätze handelt (z.B. Statistikwesen, Aufsicht über das Statistikamt Nord, Kostenrecht, Verfassungsrecht).

## 5. Aufbau, Organisation und Ziele des DLZP

Das DLZP - hervorgegangen aus dem vormaligen Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein (FVA) - wurde zum 01.01.2016 als nachgeordnete Landesoberbehörde der Staatskanzlei errichtet. Als Kernaufgaben gelten die Festsetzung und Anweisung von Besoldung, Versorgung, Entgelt und Beihilfe an Beamtinnen und Beamte, Beschäftigte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Schleswig-Holstein. Organisatorisch weist das DLZP mittlerweile seine Zielstruktur mit vier Dezernaten sowie dem Justizariat als Stabsstelle auf. Die Erledigung der fachlichen Kernaufgaben, die Koordination der IT und der fachlichen Leitstellen sowie die organisatorische Weiterentwicklung erfolgen innerhalb klarer Strukturen. Erstmals seit längerer Zeit sind zudem alle Führungsstellen im DLZP nachhaltig besetzt.



Mit der Errichtung eines modernen Dienstleistungszentrums Personals wird die Verwaltungsarbeit für das Personalmanagement optimiert, indem Personalprozesse zentralisiert und operative Aufgaben weitestgehend an einer Stelle gebündelt werden. Hierdurch können in der Schleswig-Holsteinischen Landesverwaltung Schritt für Schritt weitere Synergiepotentiale im Bereich des Personalmanagements gehoben werden. Zugleich wird eine große Zahl an personalverwaltenden Dienststellen im Land von standardisierbaren und zentralisierbaren (Routine-)Aufgaben entlastet. Außerdem ist angestrebt, durch die Bündelung von Aufgaben beim DLZP eine einheitliche Bearbeitungsweise sicher zu stellen sowie die Qualitätsniveaus weiter zu steigern.

Für die Weiterentwicklung des DLZP werden die Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung konsequent zur Beseitigung von Medienbrüchen und kostenintensiven Schnittstellen genutzt. Das neue Dienstleistungszentrum soll zudem erstmals ressortübergreifende und laufend aktualisierte Informationen liefern, um auf

diese Weise die Servicequalität für die Landesbediensteten zu verbessern und auf absehbare demografisch bedingte Entwicklungen frühzeitig reagieren zu können.